

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. November 1981

am Donnerstag, dem 26. November 1981

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter

Nummer der Frage

Bindig (SPD)	124, 125
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	135, 136
Börnsen (SPD)	6, 7
Broll (CDU/CSU)	64, 65
Collet (SPD)	97, 98
Conradi (SPD)	101, 102
Coppik (SPD)	114
Dr. Czaja (CDU/CSU)	32, 67
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	15
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	84
Duve (SPD)	33, 34
Eigen (CDU/CSU)	43, 44
Dr. Emmerlich (SPD)	12, 85
Dr. Enders (SPD)	115, 116
Engelsberger (CDU/CSU)	108, 109
Eymer (Lübeck) (CDU/CSU)	1
Dr. Feldmann (FDP)	96
Fiebig (SPD)	52, 53
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	126, 127
Fischer (Osthofen) (SPD)	16, 17
Frau Fromm (FDP)	75, 76
Frau Geiger (CDU/CSU)	91, 92
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	20, 21
Dr. Geßner (SPD)	132
Glos (CDU/CSU)	30, 31
Gnädinger (SPD)	13, 14
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	5, 59
Dr. Hennig (CDU/CSU)	66, 71
Herberholz (SPD)	49, 72
Hinsken (CDU/CSU)	128, 129
Frau Hürland (CDU/CSU)	89, 90
Dr. Hupka (CDU/CSU)	69, 70
Immer (Altenkirchen) (SPD)	48, 121
Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	41, 42
Dr. Jobst (CDU/CSU)	88
Klein (Dieburg) (SPD)	117, 118
Dr. Klejdzinski (SPD)	77, 106
Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)	105

Abgeordneter

Nummer der Frage

Kühbacher (SPD)	37, 38
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	29, 68
Dr. Ing. Laermann (FDP)	119, 120
Dr. Lammert (CDU/CSU)	74
Dr. Laufs (CDU/CSU)	25, 26
Löffler (SPD)	133, 134
Lutz (SPD)	103, 104
Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	24, 58
Merker (FDP)	111
Dr. Miltner (CDU/CSU)	62, 63
Milz (CDU/CSU)	22, 23
Müller (Schweinfurt) (SPD)	112, 113
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	56, 57
Frau Dr. Neumeister (CDU/CSU)	50, 51
Niegel (CDU/CSU)	86, 87
Oostergetelo (SPD)	99, 100
Pensky (SPD)	8, 9
Pfeffermann (CDU/CSU)	130, 131
Purps (SPD)	54, 55
Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	27, 28
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	95
Schmitz (Baesweiler) (CDU/CSU)	45, 46
Schröder (Hannover) (SPD)	73, 107
Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU)	47
Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	18, 19
Sielaff (SPD)	122, 123
Dr. Spöri (SPD)	82, 83
Frau Steinhauer (SPD)	93, 94
Stiegler (SPD)	10, 11
Thüsing (SPD)	3, 4
Tillmann (CDU/CSU)	39, 40
Topmann (SPD)	78, 79
Dr. Voss (CDU/CSU)	80, 81
Waltemathe (SPD)	35, 36
Frau Weyel (SPD)	60, 61
Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	110
Dr. Wittmann (CDU/CSU)	2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	21

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung darüber vor, wie das in der 8. Legislaturperiode verabschiedete sogenannte Ensembleschutzgesetz greift, und ob die Erwartungen, die an die Verabschiedung des Gesetzes geknüpft waren, erfüllt sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

2. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß der vorzeitig aus westdeutscher Haft entlassene Spion Günter Guillaume nach seiner Rückkehr in die DDR vom bisherigen Rang als Hauptmann zum Oberst befördert wurde und daß ihm inzwischen der „Vaterländische Verdienstorden der DDR“ sowie auch der sehr selten vergebene „Kampforden für Volk und Vaterland“, eine rein militärische Auszeichnung, verliehen worden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

3. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Teilt die Bundesregierung die jüngst veröffentlichte Ansicht der Westdeutschen Rektorenkonferenz, daß die Sparmaßnahmen im Hochschulbereich die Funktionsfähigkeit der Universitäten in Frage stellen, und ist sie notfalls bereit, auf die im Beschluß vom 4. November 1977 niedergelegte Absicht hinzuweisen, der Ausweitung der Zulassungsbeschränkungen durch Überlastmaßnahmen zu begegnen?
4. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Sorge der Westdeutschen Rektorenkonferenz, daß die Sparmaßnahmen verhindern, daß ausreichende technische und naturwissenschaftliche Nachwuchskräfte ausgebildet werden können und daß die Forschung insgesamt beeinträchtigt werde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Ausmaß in den Ländern der Dritten Welt Erkrankungen von Säuglingen festgestellt wurden, die auf die Verwendung von künstlichen Babynahrungsmitteln zurückgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 6. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) | Wie erklärt die Bundesregierung, daß das bisher als verschollen geltende sogenannte Zigeunerarchiv angeblich mit Wissen des Bundesinnenministeriums in der Universität Tübingen lagerte? |
| 7. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) | Ist es richtig, daß sich in diesem Archiv Dokumente befinden, mit denen Zigeuner Wiedergutmachungsansprüche belegen könnten, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Ansprüche zu erfüllen? |
| 8. Abgeordneter
Pensky
(SPD) | Welche Gründe liegen vor, daß zu dem Europäischen Übereinkommen vom 28. Juni 1978 über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Schußwaffen durch Einzelpersonen, dem der Deutsche Bundestag am 12. Juni 1980 zugestimmt hat, die Ratifizierungsurkunde noch nicht hinterlegt worden ist? |
| 9. Abgeordneter
Pensky
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Vertragsstaaten des Europarats dahin gehend einzuwirken, daß diese unter dem Gesichtspunkt der Eindämmung des illegalen Waffenhandels und der damit verbundenen wirksameren Bekämpfung der Schwerekriminalität das Europäische Übereinkommen zum Waffenrecht in ihre nationale Gesetzgebung umsetzen? |
| 10. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Welche Verbindungslinien gibt es zwischen dem Fund von Waffenlagern in Niedersachsen, dem Attentat auf das Oktoberfest, der Schießerei in München sowie der Ermordung einer jüdischen Familie, und seit wann sind diese den Bundesbehörden bekannt? |
| 11. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | In welchen Verbänden und Vereinen — insbesondere in welchen Jugendgruppen — war der im Zusammenhang mit den 31 Waffenlagern verhaftete Lembke organisiert, und zu welchen Gruppierungen hatte er Kontakte? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) | Welcher Zusammenhang besteht nach Auffassung der Bundesregierung zwischen der in diesen Waffenfunden zum Ausdruck kommenden Bereitschaft zur Gewalt und der steigenden Flut neonazistischer Propaganda, und was gedenkt die Bundesregierung hiergegen zu tun? |
| 13. Abgeordneter
Gnädinger
(SPD) | Wie viele Waffen welcher Art wurden 1979, 1980 und 1981 in rechtsextremistischen Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung dieser Zahlen? |
| 14. Abgeordneter
Gnädinger
(SPD) | Lassen sich regionale Schwerpunkte in der Bundesrepublik Deutschland für diese Waffenfunde und rechtsextremistische Aktivitäten feststellen, und wenn ja, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für diese Konzentration? |

15. Abgeordnete Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD) Erwägt die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Waffenfunden der letzten Zeit Vereinigungen zu verbieten bzw. Vereins- und Parteiverbote einzuleiten oder anzuregen?
16. Abgeordneter Fischer (Osthofen) (SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Organisationsgrad, Drahtzieher und Geldquellen neonazistischer Gruppierungen?
17. Abgeordneter Fischer (Osthofen) (SPD) Welche Verbindungslinien neonazistischer Gruppen in das Ausland sind der Bundesregierung bekannt, und welche Bemühungen unternimmt sie, grenzüberschreitend der terroristischen Aktivitäten Herr zu werden?
18. Abgeordneter Dr. Schwenk (Stade) (SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Ursachen neonazistischer Militanz und des Rechtsextremismus insbesondere unter Jugendlichen sowie über dessen ideologische Begründung und Wurzeln?
19. Abgeordneter Dr. Schwenk (Stade) (SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Schulen auch „Unterrichtsbausteine“ zum Thema „Gewalt und Terrorismus von rechts“ an die Hand zu geben, wie sie es mit dem Schwerpunkt linker Terrorismus bereits getan hat (Gerrit Hoberg-„Sprengsätze“)?
20. Abgeordneter Dr. von Geldern (CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß die Aktionen von Greenpeace gegen das Tankschiff „Kronos“ in der Deutschen Bucht möglicherweise Straftatbestände erfüllen, und wenn ja, welche Folgerungen hätten daraus im Verantwortungsbereich der Bundesregierung gezogen werden müssen?
21. Abgeordneter Dr. von Geldern (CDU/CSU) Wie vereinbart die Bundesregierung ihre in der Fragestunde vom 12. November 1981 auf meine Fragen zu diesem Zwischenfall gegebene Antwort, „nach einer pragmatischen Arbeitsteilung werden für Einsätze dieser Art in der Nordsee zur Zeit die in diesem Seegebiet stationierten Zollboote tätig“ mit dem Gesetz über den Bundesgrenzschutz und seine Aufgaben und mit der notwendigen Überwachung der Verkehrssicherheit durch die polizeiliche Exekutive?
22. Abgeordneter Milz (CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung Rechtsunsicherheiten beseitigen, die durch massenhaft begangene, von Polizeivollzugsorganen nicht erfaßte und daher auch nicht verfolgte Straftaten bei Gewaltausschreitungen von Demonstranten entstanden sind?
23. Abgeordneter Milz (CDU/CSU) Könnte sich die Bundesregierung angesichts der mit Gewaltausschreitung verbundenen Demonstrationen, die sich nach verschiedenen Ankündigungen auch gegen Bundeswehreinrichtungen demnächst richten sollen, veranlaßt sehen, den Artikel 91 des Grundgesetzes speziell Absatz 2 anzuwenden?

24. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung Bürgerinnen oder Bürgern zuhelfe kommen, die die Broschüre „Hinweise für Anschriften und Anreden“ benutzen möchten, aber nicht Latein können, daher auch den Wortstamm von Amtsbezeichnungen und Titeln nicht erkennen können und trotzdem eine Behörde korrekt anschreiben wollen, bei der eine Frau in Amt und Würden ist, und erwägt die Bundesregierung, eventuell eine zweite Broschüre zu erstellen, die die entsprechenden Hinweise für Frauen in Ämtern und Funktionen in ähnlich liebevoller Gründlichkeit enthält?
25. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des Leiters des Instituts für Strahlenschutz der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Professor Dr. Jacobi, in der Zeitschrift Atomwirtschaft vom November 1981, daß „heute schon als gesichert betrachtet werden kann, daß 10 Prozent bis 20 Prozent der Lungenkrebskrankungen auf die Strahlenbelastung durch Radonzerfallsprodukte zurückgehen“, im Zusammenhang mit ihren Maßnahmen zu Umweltschutz und Strahlenschutz?
26. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Meßergebnisse aus schwedischen Häusern bekannt, bei denen sich in Häusern aus Blähton mit hohem Aluminium-Schiefer-Gehalt Radonwerte ergaben, wie sie sonst nur in Urangruben zu finden sind, und welche Auswirkungen hat dies auf staatliche Vorschriften für Wärmedämmung in der Bundesrepublik Deutschland?
27. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung der im „Münchner Merkur“ vom 17. November 1981 unter der Überschrift „Ein Auge wir immer öfter zugedrückt“ erschienene Bericht über die Zunahme der Fälle von passiver Bestechung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung — insbesondere auch im Bereiche der öffentlichen Verwaltung des Bundes — bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs gegen eine derartige Entwicklung zu unternehmen?
28. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Gegen wie viele Bundesbeamte wurden im vorigen Jahr Disziplinarverfahren wegen passiver Bestechung und mit welchem Ergebnis durchgeführt?
29. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Gibt es neue, in der Praxis anwendbare Techniken zur wesentlichen Reduzierung des Volumens der in Kernkraftwerken gelagerten leicht- und mittlerradioaktiven Abfällen, wie z. B. die Veraschung, und wie wird diese von der Bundesregierung bewertet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, denzufolge die japanische Luftfahrtindustrie bei der Entwicklung eines neuen Mittel- und Kurzstreckenflugzeugs mit der amerikanischen Luftfahrtindustrie statt mit der europäischen Airbusindustrie

- zu kooperieren beabsichtigt, und ist der Bundeswirtschaftsminister bereit, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine europäische-japanische Kooperation in dieser Frage zu verwenden angesichts der Tatsache, daß ein hohes europäisches Handels- und Zahlungsbilanzdefizit gegenüber Japan besteht?
31. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ist der Bundeswirtschaftsminister bereit, bei einem Scheitern seiner Bemühungen seine Haltung in der Frage des ungehinderten Exports, z. B. der japanischen Automobil- und Zweiradindustrie, in die Bundesrepublik Deutschland zu überprüfen?
32. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Exporte der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1979 und 1980, wie hoch werden sie voraussichtlich 1981 sein, und wie zeichnet sich die Erfüllung der durch Kredite vorfinanzierten Lieferungszusagen der Volksrepublik Polen ab?
33. Abgeordneter
Duve
(SPD) Auf Grund welcher wirtschaftspolitischer und wirtschaftstheoretischer Maßstäbe hat der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Schlecht, anlässlich seines Besuchs in Chile seine „Bewunderung“ ausgedrückt?
34. Abgeordneter
Duve
(SPD) Läßt sich die Bundesregierung in ihrer Beurteilung entwicklungspolitischer Aktivitäten bei anderen Staaten der Dritten Welt von einer ähnlichen Beurteilungsgrundlage leiten wie derjenigen, die Staatssekretär Dr. Schlecht in bezug auf Chile veranlaßt hat, seine „Bewunderung“ auszudrücken?
35. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Soll die nach Pressemeldungen vom Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Schlecht, gegenüber der chilenischen Militärjunta zum Ausdruck gebrachte „Bewunderung“ dazu führen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Chile erweitert und gegebenenfalls Hilfe leistet, obwohl der seit über acht Jahren verhängte Ausnahmezustand nach wie vor und seit eineinhalb Jahren verstärkt zu Menschenrechtsverletzungen gravierenden Ausmaßes führt?
36. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Schließt die von Staatssekretär Dr. Schlecht zum Ausdruck gebrachte Bewunderung für die in Chile gemachten wirtschaftlichen Fortschritte die Kenntnis der laufenden Verschlechterung der sozialen Lage der arbeitenden und der arbeitslosen Menschen in Chile ein?
37. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die US-Armee erstmals 15 vierachsige Groß-Lkw bei der Firma MAN fest bestellt hat und daß für weitere 450 Lkw eine Option bis Ende des Jahrs besteht, und kann die Bundesregierung die Äußerung des MAN-Vorstandsmitglieds Wilfried Lochte bestätigen, daß ein Teil dieser Fahrzeuge für den Transport der Mittelstreckenraketen Pershing II vorgesehen ist?
38. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Ist die Bundesregierung über die Verwendung dieser Fahrzeuge für Rüstungszwecke konsultiert worden?

39. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die von ihr im Rahmen der Maßnahmen zur Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie vorgesehenen Finanzmittel von den Empfängern dieser Subventionen nicht in den Ausbau der sogenannten Weiterverarbeitung, sondern auch wirklich in die Verbesserung der Struktur der eigentlichen Stahlerzeugung investiert werden?
40. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr für mittelständische Unternehmen der Stahlverarbeitung, die dadurch entstehen könnte, daß von der Bundesregierung gewährte Strukturhilfen für die Stahlindustrie nicht in die Verbesserung der Produktionsverhältnisse der Stahlindustrie, sondern in die der Stahlerzeugung nachfolgenden Produktionsstufen investiert werden, und ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß dadurch Wettbewerbsverzerrungstatbestände geschaffen würden, die auch noch von den durch diese Tatbestände benachteiligten mittelständischen Unternehmen über ihre Steuerzahlungen finanziert werden müßten?
41. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführungen von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff am 16. November 1981 in Osnabrück, er sei skeptisch, ob das mit der Baulandnovelle der Bundesregierung angestrebte Ziel tatsächlich erreicht werde, die vorgesehenen Regelungen seien „so kompliziert, daß selbst Experten sie kaum verstehen“?
42. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführungen von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff am 16. November 1981 in Osnabrück, die vorliegenden Gesetzentwürfe der Bundesregierung zum Vergleichsmietensystem gingen „nicht weit genug“, und wird die Bundesregierung weitergehende Regelungen beschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

43. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Planungsgruppe im Bundesernährungsministerium vorschlägt, die Agrarpreise in der EG den Weltmarktpreisen für Agrarprodukte anzupassen, das heißt, erheblich zu senken?
44. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die im Bundesernährungsministerium erarbeiteten Agrarpreisvorstellungen weitgehend mit den Preissenkungsvorschlägen der EG-Kommission im sogenannten Mandatspapier und den Erläuterungen dazu übereinstimmen?
45. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es in der Bundesregierung erhebliche Widerstände gegen die im Agrarbericht genannte Zielstruktur „Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sowie gleichrangige Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung“ gibt?

46. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, die Verbesserung der sozialen Sicherung der in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen als abgeschlossen zu betrachten und zukünftig lediglich noch als politisches Ziel die soziale Sicherung der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen zu nennen?
47. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Welche Motive haben die Bundesregierung veranlaßt, bei der EG eine Beihilfenanhebung um mindestens 5 ECU/100 kg Magermilchpulver zu fordern, und war sie sich dabei bewußt, daß durch eine solche Maßnahme mit großer Wahrscheinlichkeit der Marktpreis in den nächsten Monaten unterhalb des Interventionspreises eingefroren wird, die in den milchknappen Wintermonaten üblichen Preisverbesserungen ausbleiben werden und der Landwirtschaft dadurch eine Erlöseinbuße von 1 DPf je kg Milch entstehen kann?
48. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über ökologische oder physiologische Gründe für eine gesundheitsschädigende Anreicherung von Giftstoffen bzw. Schwermetallen in sonst durchaus für die Ernährung geeigneten inneren Organen von Schlachttieren vor, und sieht sie sich gegebenenfalls in der Lage, die Ursachen „an der Quelle“ durch regionale Begrenzungen oder schärfere Festlegungen von Grenzwerten bei Futtermitteln zu bekämpfen anstelle von Warnungen an die Adresse der Verbraucher?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

49. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach in in der Bundesrepublik Deutschland gemertem Getreide Cadmium entdeckt wurde, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese Gesundheitsschädigung zu unternehmen?
50. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Aus welchem Grund sind bei der Erarbeitung des Gutachtens 5/81 des Bundesgesundheitsamts über die „Rolle der Nahrungsfette und der Blutlipide in der multifaktoriellen Genese und in der Prävention kardiovaskulärer Krankheiten“ die von der Thematik unmittelbar betroffenen Ernährungswissenschaftler nicht hinzugezogen worden?
51. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Welchen Wert mißt die Bundesregierung einem solchen Gutachten bei, das ohne die Mitarbeit der betroffenen Fachleute erstellt wurde?
52. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Hält die Bundesregierung die in dem Gutachten 5/81 des Bundesgesundheitsamts über die Rolle der Nahrungsfette und Blutlipide gemachte Behauptung, daß der Verzehr vielfach ungesättigter Fettsäuren cancerogene Wirkungen auslöst, in Anbetracht der Tatsache, daß namhafte Wissenschaftler diese These widerlegt und entsprechende Zweifel ausgeräumt haben, für vertretbar?

53. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die durch unklare Behauptungen und widersprüchliche Auffassungen im Gutachten 5/81 des Bundesgesundheitsamts eingetretene Verunsicherung der Bevölkerung zu beheben, und wird sie für eine Klärung des wissenschaftlichen Sachverhalts Sorge tragen?
54. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Verwendung von Formaldehyd in vielen Haushaltsmitteln des täglichen Gebrauchs zu Gesundheitsschädigungen — insbesondere zu allergischen Reaktionen — führt?
55. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung einer generellen Deklarationspflicht aller Industrieprodukte, insbesondere derjenigen des täglichen Bedarfs, bezüglich ihres Gehalts an gesundheitsgefährdenden Stoffen?
56. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Informationen aus dem Buch „Die Drogenjugend“, von W. Huncke 1981 herausgegeben, bestätigen, nach dem es seit 1971 im Bundesgebiet eine jährliche Zuwachsrate von 6 000 Heroinabhängigen sowie einen viel breiteren, stetig wachsenden Kreis von Cannabiskonsumenten mit einem geringer werdenden Durchschnittsalter gibt, und welche Ergebnisse der Ursachenforschung liegen ihr vor?
57. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung zwischenzeitlich unternommen, um das in dem 1980 fortgeschriebenen „Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs“ festgestellte Mißverhältnis zwischen dem Therapieplätzeangebot und dem Bedarf abzubauen, und inwieweit sind vorhandene Projekte, auch privater Träger, durch die derzeitigen Sparbeschlüsse der Bundesregierung gefährdet?
58. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, bei Lebensmitteln den Salzgehalt zu deklarieren, um diätbedürftigen Kranken oder Übergewichtigen eine Orientierung zu bieten?
59. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Was kann die Bundesregierung unternehmen, um die deutschen Tochterfirmen des Nestlé-Konzerns zu veranlassen, bei ihren Werbe- und Verkaufsmethoden in der Dritten Welt sich an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu halten?
60. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung — wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt —, dem im Sommer 1978 vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vorgelegten Referentenentwurf für ein Gesetz über den Beruf des Psychotherapeuten einen überarbeiteten zweiten Gesetzentwurf folgen zu lassen?

61. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Kritik der Vereinigung analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten an der Zulassungsvoraussetzung zur Ausbildung zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, wie sie der Referentenentwurf vom Sommer 1978 vorsieht, bekannt, und inwieweit gedenkt die Bundesregierung, die diesbezüglichen Einwände zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

62. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes bei einer Besprechung mit Mitarbeitern seines Hauses sein Verhalten in der Sache Rauschenbach erläuterte und anschließend bei einer von ihm selbst veranlaßten Abstimmung erfuhr, daß mehr als drei Viertel dieser Mitarbeiter seinem Verhalten nicht zustimmten?
63. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Wieweit sind Berichte zutreffend, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes einem Mitarbeiter seines Hauses, der im Verdacht stand, ihm einen Drohbrief geschickt zu haben, das Angebot machte oder machen ließ, er werde ihm eine Stelle in einem Bonner Bundesministerium verschaffen, wenn er nur durch ein Geständnis Klarheit über die Drohung schaffe?
64. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Wie lassen sich die wegen des Vorwurfs, Kontakte zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags gehabt zu haben, vom Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes gegenüber zwei Mitarbeitern seines Hauses getroffenen disziplinarischen Maßnahmen in Einklang bringen mit der Unterlassung solcher Maßnahmen gegenüber hochrangigen BND-Mitarbeitern, die nach Pressemeldungen in enger Zusammenarbeit mit der Illustrierten „Stern“ das vom Staatssicherheitsdienst der DDR lancierte Material für die Verleumdungskampagne gegen den ehemaligen Quick-Redakteur Nouhuys aufbereitet haben?
65. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes bereits Untersuchungen gegenüber jenem Angehörigen des Bundesnachrichtendienstes eingeleitet, der dem Redakteur des „Stern“-Artikels vom 5. November 1981, Seite 246, unter der Überschrift „Methusalems Ende“, die Detailinformationen für diesen Artikel lieferte, und was hindert den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, dem Informanten des „Stern“-Redakteurs mit Disziplinarmaßnahmen zu begegnen?
66. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie steht der Bundeskanzler heute zu der Kritik, die er vor gut einem Jahr an den katholischen Bischöfen wegen der Tatsache geübt hat, daß sie von „Staatsverschuldung“ gesprochen hatten, und ist der Bundeskanzler inzwischen bereit zuzugeben, daß hier in der Tat ein moralisches Problem vorliegt, zu dem die Bischöfe aus gutem Grund Stellung genommen haben?

67. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Warum ist der Spiegel des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung bezüglich der Auszüge aus nordamerikanischen Kommentaren sowie aus Interviews und Reden führender nordamerikanischer Politiker viel dürftiger als die Ostinformation des gleichen Amts?
68. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sowjetische Stellen bestimmte führende SPD-Politiker, von denen sowjetischerseits offensichtlich angenommen wird, daß sie gegen die Politik der Bundesregierung opponieren, über die Originaltexte sowjetischer Regierungsmitteilungen an die Bundesregierung direkt informieren, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

69. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Auskunft kann die Bundesregierung über Meldungen erteilen, denenzufolge acht Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit auf dem Roten Platz in Moskau für die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland am 16. November 1981 (oder zuvor) demonstrieren wollten und festgenommen worden sind?
70. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Von wieviel Demonstrationen – versuchten und vollzogenen – von Sowjetbürgern deutscher Volkszugehörigkeit für die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1981 und von wieviel Inhaftierungen der Demonstranten im Jahr 1981 und deren Verurteilung hat die Bundesregierung Nachricht?
71. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die Ankündigung des polnischen Außenministers Czyrek am 10. November 1981 in Wien aufgreifen, seine Regierung sei bereit, den Aufenthalt polnischer Staatsbürger im Ausland zu legalisieren, und wie vereinbart sich eine solche Ankündigung mit der Tatsache, daß das polnische Außenministerium in solchen Fällen bisher noch nicht einmal bereit ist, Interventionsnotizen unserer Botschaft in Warschau entgegenzunehmen?
72. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, ein nationales bzw. internationales Konzept zu entwickeln, um die Ursachen und Folgen der südostasiatischen Flüchtlingsströme zu beheben, und ist sie gegebenenfalls bereit, diesbezüglich initiativ zu werden?
73. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Ist der Bundesregierung die Äußerung des Kommandeurs des strategischen Luftkommandos der USA (SAC), des Generals Bennie Davis, bekannt, der auf einer Veranstaltung in Davenport (Iowa) – nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung – erklärte, man könne sich durchaus ein Szenario vorstellen, bei dem eine geringe Anzahl von taktischen Atomwaffen zum Einsatz komme, ohne daß die Supermächte gleich gezwungen seien, den Auslöser für Intercontinentalraketen zu betätigen, und sieht die

Bundesregierung diese Meinung als die offizielle amerikanische Auffassung an, die auch der Einsatzplanung für den Fall eines militärischen Konflikts in Europa zugrundegelegt werden könnte?

74. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Treffen die in dem in der „ZEIT“ vom 12. November 1981 veröffentlichten „Brief eines Studenten aus Teheran über die Schreckensherrschaft des Chomeini-Regimes“ dargestellten Tatsachen (Verfolgung Jugendlicher, Denunziationsaufruf durch das Fernsehen, bisherige Anzahl der Todesopfer) nach Kenntnis der Bundesregierung zu, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für sich oder andere Institutionen, der terroristischen Ausübung politischer Macht entgegenzuwirken und den betroffenen Menschen in irgendeiner Weise zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

75. Abgeordnete
Frau
Fromm
(FDP)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, Rahmenbedingungen für ein einheitliches Ausbildungs- und Arbeitsangebot für Frauen im Strafvollzug zu schaffen, um der Forderung gerecht zu werden, daß Strafe Befähigung zur Übernahme sozialer Verantwortung sein soll?
76. Abgeordnete
Frau
Fromm
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Zahlen darüber bekannt, getrennt nach Männern und Frauen, wie viele In-sassen in Strafanstalten an einer beruflichen Ausbildung teilnehmen, und welche Ausbildungsberufe angeboten werden?
77. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Herkunft der in 31 Lagern in Niedersachsen gefundenen Waffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

78. Abgeordneter
Topmann
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländische Kraftfahrzeughalter zunehmend auf Schwierigkeiten stoßen, ihre Kraftfahrzeuge ausreichend und dauerhaft zu versichern, da eine Reihe namenhafter Versicherer in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund des hohen Schadenverlaufs bei Nicht-EG-Ausländern allenfalls bereit ist, Kfz-Versicherungen für Ausländer nur im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen abzuschließen?
79. Abgeordneter
Topmann
(SPD)
- Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einerseits das pauschalierende und diskriminierende Vorgehen der Versicherer zu stoppen, andererseits aber auch zu verhindern, daß durch unfallträchtige Autofahrer, gleich welcher Nationalität, verursachte Kosten zu Lasten der Versichertengemeinschaft gehen?

80. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung gemäß Artikel 3 Abs. 2 der Transfer-Vereinbarung vom 25. April 1974 auf weitere Transfermöglichkeiten verzichtet, und welche Rechtsgrundlagen rechtfertigten und ermächtigten sie hierzu?
81. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Überlegungen waren maßgebend, über Artikel 3 Abs. 2 hinaus zusätzlich noch in Nummer 4 des Protokollvermerks (vom gleichen Tage) zu vereinbaren, daß der Transfer sich nicht erstreckt auf in der „DDR“ bestehende Guthaben aus Grundstückserträgen?
82. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Kann der Bundesfinanzminister bestätigen, daß bei Einrechnung der für 1982 zu erwartenden rd. 1,5 Milliarden DM Einnahmen der Bundesländer aus dem Förderzins auf inländische Erdöl- und Erdgasgewinnung in den Länderfinanzausgleich das Land Niedersachsen, auf das über 90 v. H. der Förderzinseinnahmen entfallen, rd. 750 Millionen DM weniger Finanzausgleichszahlungen erhalten würde?
83. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Worauf beruht die Verpflichtung des Bundes, dem Land Niedersachsen Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von über 550 Millionen DM weiter zu gewähren, obwohl Niedersachsen durch seine Einnahmen aus dem Förderzins gegenüber dem Bund und den übrigen Bundesländern einen so hohen Vorteil hat?
84. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Hat die Bundesregierung Informationen darüber, wie nach der im Frühjahr vorgenommenen Steuererhöhung die Preisentwicklung auf dem Markt für Kosmetikartikel bei Produkten ist, bei denen Isopropylalkohol verwendet wird, und kann die Bundesregierung angeben, ob die Steuererhöhung die Absatzlage dieser Produkte meßbar beeinflußt und inwieweit die Einführung der Besteuerung des Isopropylalkohols zu einer Substitution durch anderen Alkohol geführt hat?
85. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Kann die Auskunft auf eine parlamentarische Anfrage danach, ob eine rechts-extremistische Gruppierung als gemeinnützig anerkannt ist und damit steuerliche Vorteile hat, unter Berufung auf das Steuergeheimnis verweigert werden, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Rechtslage für erträglich?
86. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur künftigen Einheitsbewertung des Grund und Bodens und der Wohngebäude, der Ein- und Zweifamilienhäuser sowie des Geschößwohnungsbaus, unter Berücksichtigung der Veröffentlichungen des bayerischen Staatsministers der Finanzen (25. September 1981/324/81), wonach die Bundesregierung das Sachwertverfahren bzw. das Geschößflächenverfahren bevorzugt und entsprechend von Probebewertungen eine erhebliche Einheitswertsteigerung mit zusätzlichen Steuerbelastungen die Folge wären?

87. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, noch im Jahr 1982 die Einheitsbewertung für unbebaute Grundstücke vorzunehmen, und nach welchen Kriterien soll dies geschehen?
88. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung sich dafür entscheiden, daß das durch einen Erdrainbruch zerstörte Werk der VAW-Flußspatchemie, Stulln, das zu einem Bundeskonzern gehört, wieder aufgebaut oder daß ein anderes Werk errichtet wird, nachdem etwa 250 Arbeitnehmer betroffen sind und diese angesichts der ernststen Arbeitsplatzsituation in der mittleren Oberpfalz keine anderen Arbeitsplätze finden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

89. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Maß Gesetzesänderungen, Erlasse und Verfügungen in der Bundesanstalt für Arbeit dazu führen, daß ein Sachbearbeiter in der Leistungsabteilung arbeitstäglich lediglich 5 bis 7 Anträge bearbeiten kann gegenüber früher etwa zwanzig, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um sicherzustellen, daß bei dem hohen Stand der Arbeitslosigkeit eine zügige Bearbeitung der Anträge auf Leistung nach dem Arbeitsförderungsgesetz erfolgen kann?
90. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU) Mit welchem Kostenaufwand sind in den letzten zehn Jahren Verwaltungsgebäude von den einer Aufsicht des Bundes unterliegenden Körperschaften oder Anstalten öffentlichen Rechts erstellt worden, deren Einnahmen zum überwiegenden Teil aus Beiträgen der gesetzlichen Sozialversicherung, also der Versichertengemeinschaft, resultieren?
91. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung derzeit den realen Rückflußwert der Bafög-Darlehen ein, und hat sich die Quote seit der Beanstandung des Bundesrechnungshofs vom 8. August 1980 merklich erhöht?
92. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Sind die Rückstände im Bundesverwaltungsamt — am 8. August 1980 betrug die Zahl der noch anzulegenden Akten für die Bafög-Darlehensrückzahlung laut Bundesrechnungshof noch 770 000 — jetzt aufgearbeitet, und haben sich keine neuen Rückstände mehr angesammelt?
93. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung Überlegungen anstellt, die darauf hinauslaufen, das — 1957 eingeführte — Recht der Rentenversicherungsträger (§ 1437 RVO, § 159 AVG), die Einziehung und Abführung der Beiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter bei den Einzugsstellen zu überprüfen, abzuschaffen, und worin bestünde ein Anlaß zu einer derartigen Gesetzesänderung?

94. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) Treffen Beobachtungen zu, wie sie die LVA-Westfalen gemacht hat, wonach Tbc-Erkrankte, deren Aufnahme in eine spezielle Heilstätte aus medizinischen Gründen erforderlich wäre, weiter stationär — oftmals sogar mit Wochendendurlaub — in Krankenhäusern behandelt werden, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Praxis unter medizinischen — gesundheitspolitischen und kostenmäßigen Gesichtspunkten?
95. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Meldungen zutreffen, nach denen es im Bereich der bundesdeutschen Herzchirurgie auf Grund langer Wartezeiten zu „Patientenexporten“ ins Ausland kommt, und mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung die organisatorische und finanzielle Situation der Herzkliniken in der Bundesrepublik Deutschland verbessern?
96. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Aufhebung der Sozialversicherungsfreigrenze für das in starkem Maß auf Saison- und Aushilfskräfte angewiesene Hotel- und Gaststättengewerbe, und wie hoch werden die zusätzlichen Belastungen für die hauptsächlich mittelständischen Betriebe sein?
97. Abgeordneter
Collet
(SPD) Wieviel Überstunden wurden in der Bundesrepublik Deutschland 1972, 1979 und 1980 in der Industrie, im privaten Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Dienst in jedem der drei Bereiche geleistet?
98. Abgeordneter
Collet
(SPD) Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung der auf der 48 Stundenwoche basierenden Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938 vorlegen zur Anpassung dieser AZO an die heute nahezu überall gültige 40 Stundenwoche, um auch auf diese Weise der berechtigten Kritik der Arbeitslosen und ihrer Gewerkschaften am Überstundenwesen Rechnung zu tragen?
99. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Ist der Bundesregierung der Artikel „Agrarsoziales Sicherungssystem in Gefahr“ aus AGRA-EUROPE vom 5. Oktober 1981 bekannt, und ist es richtig, daß 1985 bei Verwirklichung der Sparpläne der Bundesregierung die Sozialbeiträge rund 40 v. H. der bäuerlichen Einkommen beanspruchen würden?
100. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Ist es in diesem Zusammenhang richtig, daß sich die Beitragsbelastung der Landwirte in Von-Hundert-Sätzen entsprechend der Höhe des Einkommens verändert, und wäre die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, die Beitragsbelastung in Von-Hundert bei einigen ausgewählten Einkommensgruppen — entsprechend z. B. der Statistiken des Agrarberichts — zu nennen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

101. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche Dienststelle des Bundesverteidigungsministeriums hat die Vorbereitung und Durchführung der Bundeswehr Kommandeurstagung 1979 genehmigt?

102. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche dienstrechtlichen Konsequenzen – zum Beispiel: Beförderung – zieht der Bundesverteidigungsminister für die Verantwortlichen dieser Tagung, deren Kosten der Bundesrechnungshof gerügt hat?
103. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wie rechtfertigt die Bundesregierung den Kostenaufwand der 23. Kommandeurstagung der Bundeswehr von 1,4 Millionen DM für 350 Teilnehmer angesichts der Tatsache, daß die Bundesversammlung des Jahrs 1979 bei einer Teilnehmerzahl von über 1000 669 586 DM Kosten verursachte?
104. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Kommandeure in Zukunft so zu beeinflussen, daß Möbel geschont und Instandsetzungsarbeiten mit Kosten in Höhe von 29 800 DM nicht mehr anfallen werden, und wie erklärt sich die Bundesregierung, daß auf einer Insel wie Borkum 29 600 Kilometer mit Dienstfahrzeugen zurückgelegt werden?
105. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Auswirkungen des Geburtenrückgangs für die militärische Präsenz, in den 90er Jahren Hilfscorps der Bundeswehr aufzubauen, um damit Wehrdienstverweigerern die Möglichkeit zu geben, „Friedensdienst ohne Waffen“ im Bereich der Versorgung, der Instandsetzung und des Sanitätsdienstes leisten zu können, und damit sicherzustellen, daß alle jungen Männer im Interesse der Wehrgerechtigkeit und Friedenssicherung zum Wehr- oder Ersatzdienst einberufen werden?
106. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Trifft es zu, daß ein Teil der in der Lüneburger Heide gefundenen Waffen von der bundeseigenen Verwertungsfirma Vebeg an eine private Firma bei Dannenberg und von dort an Rechtsextremisten veräußert wurden, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um zukünftig derartige Sicherheitsrisiken auszuschalten?
107. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Ist der Bundesregierung die in der Zeitschrift „Strategic Review“ geäußerte Auffassung des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Richard Allen, „Die Politik der vergangenen 10 Jahre, die als Entspannungspolitik bekannt wurde, hat nicht funktioniert. Sie hat sich tatsächlich als völliger Fehlschlag erwiesen“, bekannt, gibt diese Auffassung nach Meinung der Bundesregierung die offizielle amerikanische Einschätzung wieder, und bedeutet dies eine Abkehr von der bisherigen Politik?
108. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Haben – wie Militärexperten Schwedens und der NATO laut Pressemeldungen vermuten – die Sowjets entweder schon wichtige strategische Punkte in der Ostsee mit Atomminen verseucht, oder sind sie nach den Erkenntnissen der Bundesregierung jederzeit in der Lage, dies innerhalb kürzester Zeit nach fertigen Plänen zu tun, und stimmt die Bundesregierung gegebenenfalls der Einschätzung zu, daß „die Rede der Sowjetunion von der Ostsee als einem ‚Meer des Friedens‘ nicht mehr länger glaubwürdig“ sei?

109. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen, ob vor der deutschen Ostseeküste kürzlich bereits sowjetische Atomminen verlegt worden sind, und hält es die Bundesregierung bei Zutreffen dieser in NATO-Kreisen geäußerten Befürchtung noch für angebracht, die Einladung an den sowjetischen Parteichef Breschnew aufrecht zu erhalten?
110. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsminister während der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Ingolstadt am 27. Oktober 1981 auf die Frage eines Generals der Kampftruppen, der unter anderem sagte, „Sie haben aber gar kein Wort davon gesagt, daß natürlich dieses Thema (Friedensbewegung) auch von außen, von Moskau gesteuert wird, . . .“, sich wie folgt u. a. geäußert hat, „. . . Ich bin davon überzeugt, daß die politische Infrastruktur, auch die organisatorische Infrastruktur, sicherlich auch finanzielle Mittel aus Moskau kommen. Ich bin auch davon überzeugt, daß man im Kreml dieses alles mit einem gewissen Wohlwollen betrachtet. Nur den Erfolg dieser Operation, den hat Moskau nicht gemacht . . . Saldenstrich: Die Moskoviter, die tun viel — und die Gleichzeitigkeit und die Gleichförmigkeit der Demonstrationen in den verschiedenen Hauptstädten Westeuropas spricht für sich . . .“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

111. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Woher weiß die Bundesregierung, daß der Freistaat Bayern beim Bau der Main-Donau-Wasserstraße auf Vertragserfüllung besteht, wie die Bundesregierung dies in der Antwort auf meine Frage 102 (Drucksache 9/936) ausgeführt hat?
112. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß durch die Einführung des Führerscheins Klasse 1 b (Leichtkraftrad) die Nachfrage nach Mokicks und Mofas stark zurückgegangen ist?
113. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung diese Entwicklung, nach der Jugendliche mit 16 Jahren vom Fahrrad gleich auf das schnelle Leichtkraftrad umsteigen, für gut, oder stellt sie Überlegungen an, wie dem Mofa wieder zu mehr Attraktivität verholfen werden kann?
114. Abgeordneter
Coppik
(SPD)
- Hat es, und wenn ja, in welchem Umfang, in Anbetracht des hohen Verkehrsaufkommens auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen bei der Benutzung dieses Flughafens im Rahmen von militärischen Großübungen in der Vergangenheit Probleme einer nicht ausreichenden Start- und Landekapazität gegeben?
115. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Zahl der Bewerber bekannt, die sich nach dem Verlust ihres Führerscheins einem psychologischen Test unterziehen mußten, und kann sie mitteilen, wie viele von ihnen in diesem Test ein positives bzw. ein negatives Ergebnis erzielten?

116. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Chancen besitzt ein Staatsbürger, der nach dem Verlust seines Führerscheins den psychologischen Test nicht besteht, wieder in den Besitz eines Führerscheins zu kommen?
117. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) In welcher Weise wirkt sich der von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn (DB) angeordnete Investitions- und Unterhaltungsstopp bei DB-Strecken außerhalb des „unternehmerischen Kernbereichs“ aus hinsichtlich der Personaleinsparung und der Kosteneinsparung?
118. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Investitions- und Unterhaltungsstopp als Vorstufe für eine spätere Streckenstillegung gesehen werden muß?
119. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, aus welchen Gründen und mit welcher erwarteten Wirkung die Deutsche Lufthansa einen Zug von der Deutschen Bundesbahn gechartert hat, um die Flughäfen Düsseldorf und Frankfurt, zwei ohnedies überlastete Flughäfen, miteinander zu verbinden?
120. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP) Welche Vereinbarungen bestehen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, eine schienengebundene Schnellverbindung zwischen Frankfurt und Paris zu untersuchen und auszubauen, welche Konzeption steckt dahinter?
121. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit wird die Bundesregierung das amerikanische Testergebnis (vgl. DVR-Partner-Report Nr. 1/81) über die Vermeidung von Auffahrunfällen durch Anbringen einer höher gestellten dritten Bremsleuchte zum Anlaß nehmen, die Zulassung von zwei hochgestellten zusätzlichen Bremsleuchten zu überprüfen und eine kostenträchtige Um- und Ausrüstung zu veranlassen?
122. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Deutsche Bundesbahn nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und einem möglichst hohen Kostendeckungsgrad sondern auch nach volkswirtschaftlichen, infrastrukturellen und raumordnerischen Gesichtspunkten ihre Fahrpläne zu gestalten hat?
123. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Widerspricht die teilweise radikale „Ausdünnung der Fahrpläne“ der Deutschen Bundesbahn im Sommerfahrplan 1982 der in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 9/952) vom 28. Oktober 1981 ausgesprochenen Absicht, konsequent die Bemühungen fortzusetzen, um die Position des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des Gesamtverkehrs zu verbessern und damit insbesondere in Ballungs- und Verdichtungsräumen die Aufgabe zu erfüllen, umweltfreundliche und energie günstige Schienenverkehre abzuwickeln?

124. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Hält die Bundesregierung angesichts der technischen Entwicklung von wirksamen Antiblockiersystemen und des Ergebnisses neuerer Untersuchungen, wonach auf nasser Straße und bei Geschwindigkeiten von über 60 km/h Lastzüge, die mit bisherigen Bremskraftreglern ausgerüstet sind, selbst bei Geradeausfahrt und richtiger Bremskraftabstimmung durch den Bremskraftregler kaum stabil abgebremst werden können, die Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung und die Straßenverkehrs-Richtlinien bezüglich Bremsen bei Lastzügen noch für zeitgemäß?
125. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit darin, durch die allgemeine Ausrüstung von schweren Lastzügen mit Antiblockiersystemen die Verkehrssicherheit in diesem Bereich deutlich zu steigern, zumal viele schwere Unfälle mit Güterkraftwagen im Zusammenhang mit deren Bremsverhalten stehen, und gedenkt die Bundesregierung, auf eine allgemeine Ausrüstung von Lastzügen mit Antiblockiersystemen hinzuwirken?
126. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung, daß durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion West in treuhänderischer Verwaltung des Abwrackfonds der deutschen Binnenschifffahrt innerhalb von 15 Monaten durch Bewilligung von mehr als 100 Anträgen, die auf gefälschten Unterlagen basierten, insgesamt rd. 17,8 Millionen DM Prämien an einen Unberechtigten aus dem allein gewerblich finanzierten Fonds gezahlt wurden?
127. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung nicht jetzt für geboten, die Forderung ihres Klagegegners, des Bundesverbands der deutschen Binnenschifffahrt e. V., auf den Verzicht der Einrede der Verjährung für den noch nicht rechtshängigen Forderungsteil von ca. 16,4 Millionen DM zu erfüllen, nachdem nunmehr das Landgericht Duisburg am 17. November 1981 die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesverkehrsminister, verurteilt hat, 1 414 131 DM nebst 4 v. H. Zinsen seit dem 14. Mai 1981 in den Abwrackfonds zurückzuzahlen?
128. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu, daß die Deutsche Bundesbahn in den nächsten Jahren außerhalb eines lediglich 1200 Streckenkilometer umfassenden „Kernbereichs“ keinerlei Gleis- und Weichenerneuerungen oder sonstige Erhaltungsmaßnahmen mehr vornehmen will, und wie lange will auf Grund dieser Tatsache die Bundesregierung den Personenverkehr durch die Deutsche Bundesbahn auf den Strecken Miltach—Straubing, Passau—Freyung, Passau—Pfenningbach, Plattling—Zwiesel, Zwiesel—Bayerisch-Eisenstein, Zwiesel—Bodenmais, Zwiesel—Grafenau noch aufrechterhalten?
129. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie lange will die Bundesregierung den Personenverkehr durch die Deutsche Bundesbahn auf den Strecken Deggendorf—Kalteneck, Erlau—Obernzell, Passau—Hautzenberg, Filshofen—Ortenburg und Waldkirchen—Jandelsbrunn noch aufrechterhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

130. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Darf den Einlassungen von Bundespostminister Gscheidle in der Sendung des Südwestfunks am 1. Oktober 1981 unter dem Thema „Die Bundespost auf dem Prüfstand“ entnommen werden, daß der § 12 Abs. 7 Satz 3 der Fernmeldeordnung „Unzulässig ist auch das Bekleben posteigener Apparate“ von der Deutschen Bundespost in Zukunft nicht mehr dahin gehend ausgelegt wird, daß der Deutschen Bundespost durch das Bekleben von Fernsprechapparaten mit kleinen Handzetteln oder z. B. sogenannten Notrufaufklebern Schaden entsteht, der zu ersetzen ist?
131. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Werden demzufolge Aufkleber dieser Art nicht länger als „von der Deutschen Bundespost nicht zugelassene Hilfsvorrichtungen“ behandelt?
132. Abgeordneter
Dr. Gefßner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem deutschen Markt leicht zu handhabende Lauschgeräte, sogenannte Wanzen, z. B. für Telefonhörer schon für 89 DM angeboten werden, auf Wunsch auch leistungsstärkere, und daß beim Verkauf häufig nicht auf das Benutzungsverbot dieser Geräte hingewiesen bzw. dessen Umgehung mit dem Hinweis „für den Export bestimmt“ angeregt wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den freien Handel mit diesen Geräten und damit deren mißbräuchliche Benutzung zu unterbinden?
133. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Installation eines Teletex-Netzes auf März 1982 verschoben hat, und kann dieser Termin eingehalten werden?
134. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Wenn ja, wie wertet die Deutsche Bundespost die Auswirkung dieser zeitlichen Verzögerung auf die beteiligten Industrien, und welche Hilfen kann sie ihnen gegebenenfalls anbieten?
135. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Zahl der von den Behörden der DDR in den einzelnen Jahren seit 1976 bis jetzt an Absender in der Bundesrepublik Deutschland zurückgesandten Paketsendungen, und wie hoch war in den einzelnen Jahren die Zahl der verlorengegangenen Paket- und Einschreibsendungen?
136. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die Aufwendungen der Deutschen Bundespost in den Jahren seit 1976 bis jetzt für den Ersatz verlorengegangener Paket- und Einschreibsendungen, die für Empfänger in der DDR bestimmt waren?

Bonn, den 20. November 1981

